

SPD demokratischer pressediens

P./XXV/165

3. September 1970

Zinns Erbe ist fest gezimmert

Hessens SPD geht optimistisch in die Landtagswahl

Von Dr. Heinz Kreuzmann SPD-MdB

(Seite 1 / 49 Zeilen)

CSU provoziert Krach mit der CDU

Die Opposition wird jetzt auch in sich uneinig

(Seite 2 - 3 / 58 Zeilen)

Der Besuch aus Djakarta

Positive Entwicklung der Beziehungen mit Indonesien

(Seite 4 / 41 Zeilen)

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Kurz notiert

Kurz informiert

Versichert - gesichert

Versicherungsschutz für Berufstätige auf Wegen zur Unterbringung von Kindern

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Köliner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eiler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9163
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 3
Telex: 888 848/888 847
888 848 PPF D

Zinns Erbe ist fest gezeichnet

Hessens SPD geht optimistisch in die Landtagswahl

Von Dr. Heinz Kreuzmann SPD-MdB

Wer die Wahlkampf vorbereitungen für die Landtagswahl 1970 in Hessen aufmerksam beobachtet, wird eines bei objektiver Betrachtung zugeben müssen: Mehr als zwanzig Jahre politischer Verantwortung im Lande haben Hessens Regierungspartei nicht verbraucht. Wenn die CDU-Opposition anfangs mit dem Slogan der "Abnutzung durch die Macht" ihren Ansturm auf eben die Macht zu motivieren versuchte, so hat sie das mittlerweile aufgegeben. Die Flut neuer und moderner Pläne und Ideen, die täglich von der Wiesbadener Landesregierung veröffentlicht werden, widerlegt nachdrücklich das Gerücht von einer geistig aufgebrauchten Landesregierung. Diese Pläne haben einen konkreten und positiven Sinn, wenn man sie an den Realitäten eines Landes mißt, das sich aus einem der Kostgänger des ehemaligen Reiches zu einem der wirtschaftlich stabilsten Gebilde unter den Bundesländern entwickelt hat.

Das Land Hessen, das unter der staatsmännischen Führung Georg August Zinns aus verschiedenen preußischen Provinzteilen, einigen wenigen thüringischen Gemeinden und dem früheren Volksstaat Hessen zu einer lebenskräftigen Einheit verschmolz, hat sich unter seinem Nachfolger Albert Osswald weiter entwickelt. Der wirtschaftliche Aufschwung ist rasant vorwärts gegangen. Besonders der nordhessische Raum, von Anfang an das Sorgenkind der Landesregierung, hat, trotz seiner weit dünneren Besiedlung als die übrigen Landesteile und seiner peripheren Lage, seine Industrieanlage erheblich erweitert können und die Zahl der Industriebeschäftigten ebenso erheblich ansteigern verbrocht wie die Höhe des Industriensatzes.

Die CDU-Opposition wird es daher in Hessen auf keinen Fall schaffen, die Führungsrolle der SPD im Lande in Frage zu stellen. Bei einem Stimmenanteil der CDU von 26,4 vH. bei der letzten Landtagswahl 1966 mag ihr zwar der Zufall der NPD, die damals 7,9 vH. erhalten hatte, einige zusätzliche Prozente einbringen. Sie wird aber ernsthaft die Stellung der SPD im Lande nicht gefährden können. Daran ändert auch nichts der Versuch des CDU-Landesvorsitzenden Dr. Dregger, durch den Aufbau eines radikallinken Popanzes in Gestalt einer angeblichen Jungsozialistengruppe in der künftigen SPD-Landtagsfraktion die Wähler das Fürchten zu lehren. Hessens Wähler sind urteilsfähig genug, zu wissen, daß die gesunde Mischung junger dynamischer Kräfte mit erfahrenen und die Grenzen politischer Möglichkeiten real einschätzenden Politikern dem Lande nutzen wird. Sie wissen das sehr wohl von dem Angebot der CDU zu unterscheiden, die zwar vielfach junge Kandidaten als Stimmenfänger benutzt hat, die aussichtsreichen Plätze aber fast durchweg mit den alten konservativen Politikern besetzte. So wird sich auch bei dieser Landtagswahl am 8. November zeigen, daß Dr. Dregger ein Politiker ohne Fortune ist. Mit Schneid allein sind keine Wahlen zu gewinnen. Denn mit Leistungen kann nur die hessische SPD-Landesregierung aufwarten. Die Opposition und hier in erster Linie die CDU hat bisher zur Landespolitik nichts anderes beizusteuern gehabt als Reformpläne, die von den Praktikern in den eigenen Reihen hinter vorgehaltener Hand oft als utopisch abgelehnt werden.

CSU provoziert Krach mit der CDU

Die Opposition wird jetzt auch in sich uneinig

In der sogenannten "Union" ist offener Krach ausgebrochen. Die beiden "Schwesterparteien" CDU und CSU stehen sich frontal gegenüber. Das Donnerwetter aus München über das "Straßentheater", als das sich der CSU die zweifellos intensive, zugleich aber auch reichlich dissonante Diskussion der Christdemokraten vor allem über den deutsch-sowjetischen Vertrag und zicher auch über die Gesellschafts-problematik darstellt, kann nicht reinigend wirken. Die Schärfe der Vorwürfe, die das Strauß-Zentralorgan in der ihm eigenen Biergarten-Robustheit über die CDU ausschütet, zeigt unübersehbar an, daß die Beziehungen zwischen den beiden "Union"-Parteien an der Bruchgrenze angefaßt sind. So, wie der "Bayernkurier" die "Freunde" außerhalb Bayerns aufsetzt, kann man sich doch nur äußern, wenn man entschlossen ist, sich nunmehr mit aller Schonungslosigkeit von einem bisherigen Partner zu distanzieren, den man als wertmäßig ungenügend und für die eigenen Zwecke unbrauchbar erkannt hat.

Die ersten Antworten aus dem CDU-Lager scheinen diese Entwicklung zu beweisen. Wenn man liest, daß auf den CSU-Vorwurf, man spräche in der CDU nicht mit der einen Stimme, die allein den Erfolg verspreche, geantwortet wird, daß man in der CDU als demokratischer Partei eben den offenen Meinungsaustausch kenne, während in der CSU diese Meinung von der Parteispitze herab verfügt werde, dann hört man den Bruch förmlich knistern. Und wenn man wiederum aus der CSU die CDU-Prominenz als eitel, töricht und positionsbesessen abstempelt, zugleich aber den CSU-Vorsitzenden als den einzig standhaften und exzellenten Kämpfer insbesondere gegen den Moskau-Vertrag auf ein Piedestal stellt, dann fragt man sich als verdutzter Beobachter, was denn ei-

gentlich überhaupt noch an Gemeinsamkeiten zwischen der CDU und der CSU übriggeblieben sein sollte. Von dem "C" in den Parteinamen mag man da doch gar nicht mehr sprechen.

Der Brocken, der dieses nun aller Welt deutlich gewordene Auseinanderklaffen schlußendlich verursacht hat, ist der deutsch-sowjetische Vertrag. Die Debatte um dieses Abkommen, und eigentlich doch um seine Ratifizierung, hat nun wirklich eine zumindest sehr differenzierte CDU gezeigt. Die Falken und die Tauben in dieser Partei stehen sich heute nach wie vor so betont gegenüber, wie das durch die letzten Äußerungen des Generalsekretärs Dr. Bruno Heck und des stellv. Parteivorsitzenden Dr. Gerhard Schröder klargestellt wurde. Während Heck aus introvertiertem Mißtrauen nur die negativen Seiten des Vertrages sieht, hat Schröder mit beschwörender Stimme seiner Partei empfohlen, das vordringliche Augenmerk auf die positiven Seiten des Vertrages zu lenken und aus der Moskauer Unterschrift eher das Beste herauszuholen, als etwa einen gegenteiligen Weg einzuschlagen. Und es dürfte außer Frage stehen, daß der rundreisende Fraktionsvorsitzende Dr. Rainer Barzel nach seiner Rückkehr aus Paris, London und Washington sein Urteil über den Moskauer Vertrag noch behutsamer und sorgfältiger als bisher formulieren wird.

Vor diesem Hintergrund wird auch die Frage nach einer baldigen Lösung des Parteivorsitzendenproblems bei der CDU noch aktueller als bisher. Mit Setzungshinweisen à la Heck läßt sich keine ausreichende Antwort mehr finden. Dieser Staat und unser Volk brauchen existenziell notwendig eine gut und verantwortlich arbeitende und brauchbar funktionierende Opposition. Einen Parteikrieg in dieser Opposition können wir uns unter gar keinen Umständen leisten.

+ + +

Der Besuch aus Djakarta

Positive Entwicklung der Beziehungen mit Indonesien

Der Staatsbesuch des indonesischen Präsidenten in der Bundesrepublik ist ein guter Beweis für die positive Entwicklung in den zwischenstaatlichen Beziehungen beider Staaten.

Die Probleme Indonesiens sind vielfältiger und nicht einfacher Natur. Umso mehr ist das Bemühen der gegenwärtigen Staatsführung in diesem südostasiatischen Inselreich zu begrüßen, die Fehler früherer Regierungen in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Bevölkerung zu korrigieren und gleichzeitig Indonesiens Stellung in der politischen Umwelt des Pazifischen Ozeans zu festigen. Zwischen Bonn und Djakarta gibt es keine Probleme. Beide Seiten sind daran interessiert, die guten Verbindungen auf allen Ebenen auszubauen und zu vertiefen. Das ist nicht nur im Interesse Indonesiens, sondern auch zum Nutzen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Ereignisse in Asien weisen Djakarta einen besonderen Platz zu, gehört doch Indonesien zu den volkreichsten Staaten dieses großen Kontinents, was ohne Zweifel für die Zukunft von besonderer Bedeutung ist.

Es sollte nicht verschwiegen werden, daß es hier und dort in Europa kritische Anmerkungen zu innenpolitischen Entwicklungen in Indonesien gibt, jedoch vergessen viele dieser Kritiker, mit welchen Problemen die Staatsführung in Djakarta sich beschäftigen muß, um die Hinterlassenschaft des früheren Staatschefs Sukarno mit ihren wirtschaftlich wie politisch so negativen Auswirkungen für das Land zu überwinden. Man sollte in Europa, besonders aber in der Bundesrepublik Deutschland nicht vergessen, daß das Ringen um innere und äußere Stabilität in Indonesien sich nicht in der beschaulichen Idylle eines pazifischen Touristenparadieses vollzieht, sondern in der harten Wirklichkeit regionaler, aber auch globaler Auseinandersetzungen. Umso wichtiger ist es für uns, unseren Teil dazu beizutragen, daß Indonesiens Weg in die Zukunft zu den Reformen führt, die zum Wohle aller Menschen des Inselreiches gereichen.

Viele führende Persönlichkeiten Indonesiens sind sehr daran interessiert, die Vorstellungen und Überlegungen kennenzulernen, die zum Gedankengut einer sozialen Demokratie gehören. Das hat nicht zuletzt seinen Grund in der Tatsache der guten und herzlichen Beziehungen dieser Persönlichkeiten mit Repräsentanten der deutschen und europäischen Sozialdemokratie. Im gegenseitigen Austausch der Meinungen liegt eine große Aufgabe für uns. Auch unter diesem Aspekt sollte der Besuch des indonesischen Staatspräsidenten in Bonn gesehen werden.

Hans-Eberhard Dingels

+ + +